

Brandschutzkonzept **25-1743-B**

06_Nachweis_Brandschutz_20260505_V2

Stand 05.05.2026

Bauvorhaben	Ersatzneubau der Schulsporthalle an der Grundschule Fuhrberg An der Schule 12A 30938 Burgwedel
Bauherr	Stadt Burgwedel Fuhrberger Straße 4 30938 Burgwedel
Planung	Stadt Burgwedel Fuhrberger Straße 4 30938 Burgwedel
Brandschutzplanung	CSR Brandschutzingenieure GbR Eichbreite 15 31785 Hameln

Das Brandschutzkonzept darf nur ungekürzt vervielfältigt werden.

Eine Veröffentlichung, auch auszugsweise, bedarf der schriftlichen Genehmigung durch den Verfasser.

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass und Auftrag	5
2	Beurteilungsgrundlagen	6
2.1	Planungsstand.....	6
2.2	Rechtsgrundlagen und Literatur.....	6
3	Objektbeschreibung	7
3.1	Lage und bauliche Angaben	7
3.2	Nutzungsbeschreibung	8
3.3	Bauordnungsrechtliche Einstufung des Gebäudes	8
4	Schutzziele und Risikoanalyse	9
4.1	Darstellung der Schutzziele	9
4.2	Risikoanalyse	9
5	Brandschutztechnische Maßnahmen.....	11
5.1	Vorbeugender baulicher Brandschutz.....	11
5.1.1	Gebäudeabschlusswände	11
5.1.2	System der inneren Brandabschottung	11
5.1.3	Rauchabschnitte	11
5.1.4	Flucht- und Rettungswegsystem	11
5.1.4.1	Nachweis der Ausgangs- und Rettungswegbreiten.....	12
5.1.4.2	Bestuhlung und Gänge	13
5.1.5	Feuerwiderstandsdauer der Bauteile und Brandverhalten der Baustoffe	13
5.1.5.1	Tragende Konstruktion	14
5.1.5.2	Nichttragende Außenwände und Außenwandbekleidungen.....	14
5.1.5.3	Trennwände	14
5.1.5.4	Brandwände	14
5.1.5.5	Decken	14
5.1.5.6	Unterdecken	14
5.1.5.7	Dämmstoffe, Bekleidungen und Fußböden	15
5.1.5.8	Dächer und Bedachungen	15
5.1.5.9	Treppen und Treppenträume	15

5.1.5.10	Notwendige Flure	15
5.1.6	Türen	16
5.1.6.1	Anforderungen an Öffnungsverschlüsse.....	16
5.1.6.2	Sicherung von Türen	16
5.1.6.3	Aufschlagrichtung von Türen	17
5.1.6.4	Feststellanlagen	17
5.1.7	Räume mit besonderen Anforderungen.....	17
5.2	Anlagentechnische Brandschutzmaßnahmen.....	18
5.2.1	Brandmelde- und Alarmierungsanlage	18
5.2.2	Automatische Löschanlage	18
5.2.3	Wandhydranten und trockene Steigleitungen	18
5.2.4	Maßnahmen für die Rauchableitung	18
5.2.5	Haustechnische Anlagen.....	19
5.2.5.1	Lüftungsanlagen.....	19
5.2.5.2	Leitungsanlagen- und Durchführungen.....	19
5.2.6	Sicherheitsbeleuchtung und Kennzeichnung von Rettungswegen.....	19
5.2.7	Blitzschutzanlage	19
5.2.8	Sicherheitsstromversorgung.....	20
5.2.9	Funktionserhalt sicherheitsrelevanter Anlagen	20
5.3	Organisatorische Brandschutzmaßnahmen	21
5.3.1	Brandschutzbeauftragte/r	21
5.3.2	Brandschutzordnung	21
5.3.3	Flucht- und Rettungspläne	22
5.3.4	Feuerwehrpläne	22
5.3.5	Bereitstellung von Feuerlöschern	22
5.3.6	Betriebliche Brandschutzmaßnahmen.....	23
5.3.6.1	Personalschulungen	23
5.3.6.2	Pflichten des Betreibers.....	23
5.3.6.3	Abnahme Prüfungen und Dokumentation	23
5.3.6.4	Umsetzung des Brandschutzkonzeptes.....	23
5.3.6.5	Brandschutzakte.....	24

5.3.6.6	Sonstige Betriebsvorschriften	24
5.3.7	Brandschutz während der Bauausführung	24
5.4	Abwehrender Brandschutz	25
5.4.1	Öffentliche Feuerwehr	25
5.4.2	Löschwasserversorgung	25
5.4.3	Löschwasserrückhaltung	25
5.4.4	Flächen für die Feuerwehr	25
5.4.5	Zugänglichkeit	26
6	Abweichungen von bauordnungsrechtlichen Anforderungen	27
7	Zusammenfassung	28
8	Plananlagen	29

1 Anlass und Auftrag

Die Stadt Burgwedel plant einen Ersatzneubau der Schulsportschule an der Grundschule Fuhrberg, An der Schule 12A in 30938 Burgwedel.

Die Planung der Baumaßnahme und die Stellung des Bauantrages obliegen dem Hochbauamt der Stadt Burgwedel

Die CSR Brandschutzingenieure GbR wurde durch die Stadt Burgwedel beauftragt, unter Berücksichtigung der Nutzung als Sporthalle für den Schul- und Vereinssport ein Brandschutzkonzept zu erarbeiten, welches die Einhaltung der allgemeinen Schutzziele sowie diejenigen des Brandschutzes gemäß den §§ 3 und 14 NBauO bezüglich der Nutzung nachweist.

Grundlage der Bewertung ist im Wesentlichen die Niedersächsische Bauordnung – NBauO sowie die Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen Nds. – SchulBauR. ~~und die Versammlungsstättenverordnung Niedersachsen – NVStättVO.~~

Die Änderungen im Vergleich zur Version 1 (25.11.2025) des Brandschutzkonzeptes ergeben sich aufgrund eines Nachforderungsschreibens der Bauaufsicht vom 27.03.2026 und des Verzichts auf Nutzung der Halle als Versammlungsstätte. Neue Textpassagen werden blau gekennzeichnet. Textpassagen, welche aufgrund von Änderungen ungültig sind, werden durchgestrichen.

Über den baurechtlichen geforderten Brandschutz hinausgehende Anforderungen z. B. des Versicherungsrechtes, Sachschutzes oder Arbeitsrechtes, wie sie sich aus der Arbeitsstättenverordnung und den darauf aufbauenden Richtlinien ergeben, sind nicht Gegenstand dieses Brandschutzkonzeptes.

2 Beurteilungsgrundlagen

2.1 Planungsstand

Das Brandschutzkonzept basiert auf nachfolgenden Unterlagen, die durch die Stadt Burgwedel übergeben wurden:

- Grundriss, ~~Stand 25.11.2025~~, [Stand 13.04.2026](#)
- Lageplan, ~~Stand 25.11.2025~~, [Stand 13.04.2026](#)
- Ansichten, Stand 03.03.2025

2.2 Rechtsgrundlagen und Literatur

Als Rechtsgrundlagen (Rechtsvorschriften und Normen) und Literatur wurden verwandt:

- NBauO – Niedersächsische Bauordnung Fassung 03. April 2012, aktualisierter Stand 25.06.2025
- DVO-NBauO – Allgemeine Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung vom 26. September 2012, aktualisierter Stand 17.12.2024
- SchulBauR - Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen Nds. vom 11. August 2000
- ~~NVStättVO – Versammlungsstättenverordnung Niedersachsen vom 08. November 2004, aktualisierter Stand 13.11.2012~~
- VV TB – Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen Nds. vom 25. Februar 2025
- FeuVO – Feuerungsverordnung Niedersachsen vom 27. März 2008, aktualisierter Stand 30.06.2020
- LAR – Leitungsanlagen-Richtlinie Niedersachsen vom 14. Juni 2021
- LüAR – Lüftungsanlagen-Richtlinie Niedersachsen vom 14. Juni 2021
- Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr Niedersachsen vom 28. September 2012
- DIN 4102, Teil 1 – 18, Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen
- DIN 14096 Brandschutzordnung – Regeln für das Erstellen und das Aufhängen
- DIN ISO 23601 Sicherheitskennzeichnung – Flucht- und Rettungspläne
- DVGW Arbeitsblatt W 405 Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung, Ausgabe Februar 2008
- Brandschutzatlas
- Materialsammlung Vorbeugender Brandschutz, DIN Media

3 Objektbeschreibung

3.1 Lage und bauliche Angaben

Die Sporthalle wird ~~im Sockelbereich bis 5,75 m~~ aus massiven Baustoffen und im oberen Drittel als Holzrahmenkonstruktion mit Brettschichtholzbindern als Dachtragwerk, freistehend und eingeschossig errichtet.

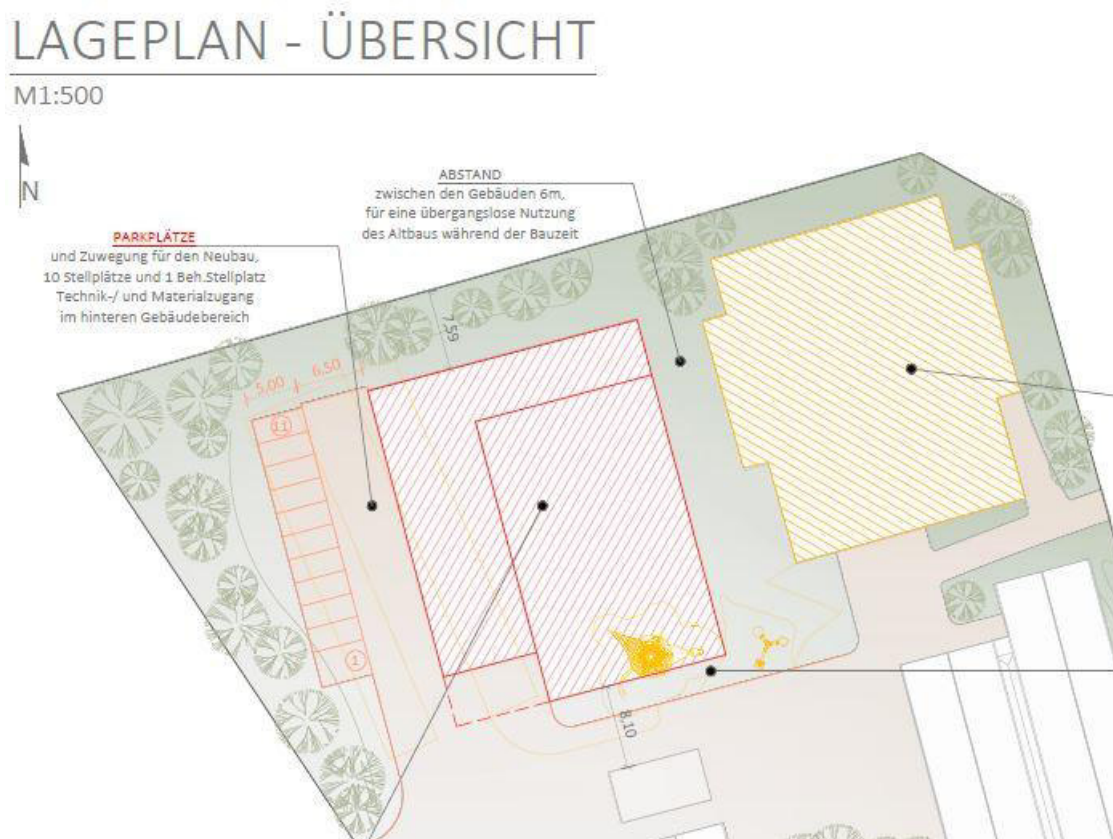


Abbildung 1: Sporthalle Neu (rot) und Abriss (gelb)

Gebäudemaße:

max. Längenausdehnung von Nord nach Süd	ca. 33,32 m
max. Längenausdehnung von West nach Ost	ca. 26,76 m
Grundfläche (BGF, Erdgeschoss)	ca. 836 m²
Sporthalle (BGF)	ca. 445 m²
Höhe OKFFB Erdgeschoss	< 7 m über OK Gelände

3.2 Nutzungsbeschreibung

Die Sporthalle verfügt über eine Sportfläche von 445 m² die mit Trennvorhang zur Hallenteilung bei Bedarf abgetrennt werden kann. Die Sportfläche dient auch als Versammlungsraum. Angrenzend sind ein Gerätelager für Turn- und Sportgeräte sowie ein Umkleidebereich geplant. Die Umkleidebereiche verfügen über jeweils einen Dusch- und WC-Bereich. Ein Haustechnikraum ist ebenfalls geplant.

Die genaue Raumaufteilung ist dem Brandschutzplan zu entnehmen.

3.3 Bauordnungsrechtliche Einstufung des Gebäudes

Das Gebäude ist aufgrund der mittleren Höhe und der Grundfläche gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 3 NBauO als ein Gebäude der **Gebäudeklasse 3** einzustufen. Weiterhin ist das Gebäude aufgrund der Nutzung gemäß § 2 Abs. 5 Nr. 6 und 7 NBauO als **bauliche Anlage besonderer Art und Nutzung (Sonderbau)** einzustufen.

Die Beurteilung der Sporthalle ~~insbesondere des Versammlungsraums~~ erfolgt nach der Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen Nds – SchulBauR ~~sowie die Versammlungsstättenverordnung Niedersachsen – NVStättVO.~~

4 Schutzziele und Risikoanalyse

4.1 Darstellung der Schutzziele

In § 14 NBauO sind die allgemeinen Schutzziele des Brandschutzes wie folgt definiert:

Bauliche Anlagen müssen so beschaffen sein, dass

- der Entstehung eines Brandes und
- der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird,
- bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren möglich ist und
- wirksame Löscharbeiten durchgeführt werden können.

Diese allgemeinen Schutzziele müssen bei jedem Bauvorhaben erfüllt werden.

Die Anforderungen zur Erfüllung der Schutzziele werden in der Bauordnung Niedersachsen für so genannte Regelbauten konkretisiert. Für Anlagen und Räume besonderer Art oder Nutzung - Sonderbauten – können im Einzelfall zur Verwirklichung der allgemeinen Schutzziele gemäß § 51 NBauO besondere Anforderungen gestellt werden, aber auch Erleichterungen gestattet werden.

Hierfür wurden für typische Sonderbauten u. a. Schulbauten, Versammlungsstätten, Verkaufsstätten und Industriegebäude Sonderbauvorschriften bzw. Technische Baubestimmungen bauaufsichtlich eingeführt, die in Abhängigkeit der Nutzung und des damit verbundenen differierenden Risikos zur Erfüllung der allgemeinen Schutzziele erhöhte Anforderungen stellen, aber auch Erleichterungen in Abhängigkeit der Risikosituation zulassen. Gebäude, die in den Anwendungsbereich von Sonderbauvorschriften fallen und diesen entsprechen, erfüllen im Allgemeinen die Anforderungen des § 14 NBauO.

4.2 Risikoanalyse

Bei dem Gebäude handelt es sich um eine eingeschossige Sporthalle für Schulsport ~~und Nutzung als Versammlungsstätte~~ und ist aufgrund dessen als geregelter Sonderbau einzustufen, da ~~die Versammlungsstättenverordnung (NVStättVO) sowie~~ die Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen Nds (SchulBauR) als einschlägige Sonderbauvorschrift in dem Bundesland Niedersachsen vorliegt. Die Festlegungen der Bauordnung Niedersachsen in Verbindung mit der Schulbaurichtlinie ~~sowie der Versammlungsstättenverordnung~~ erfüllen die Schutzziele des § 14 NBauO.

Es wird eine schutzzielorientierte Bewertung auf der Grundlage der NBauO, ~~NVStättVO~~ und SchulBauR vorgenommen. Im Folgenden sollen im Rahmen einer Risikoanalyse für die ~~Versammlungsstätte~~ **Sporthalle** die Brandentstehungs-, Brandausbreitungs- und Personenrisiken dargestellt werden.

~~Die Versammlungsstätte wird u. a. als Veranstaltungsort zur Durchführung von Feierlichkeiten genutzt.~~

Die Sporthalle wird ausschließlich als Halle für den Schulsport genutzt.

Ein erhöhtes Brandausbreitungsrisiko liegt in der Sporthalle nicht vor.

Ein erhöhtes Personenrisiko liegt ebenfalls nicht vor, ~~da die größere Anzahl der nicht ortskundigen Personen~~ da der Nutzerkreis ortskundig ist und die Sporthalle über drei baulich unabhängige Rettungswege im Brandfall ins Freie verlassen werden kann. Die Rettungswege werden durch eine Sicherheitsbeleuchtung gekennzeichnet. Zudem sind die Personen in dem Gebäude zum überwiegenden Teil nicht mobilitätseingeschränkt, die sich somit im Brandfall über die Rettungswege selbstständig in Sicherheit bringen können. ~~Mobilitätseingeschränkte und alkoholisierte Personen werden durch das anwesende Personal bzw. durch die anderen anwesenden Personen bei der Selbstrettung unterstützt.~~ Somit ist eine sichere Entfluchtung aus dem Gebäude im Brandfall gegeben.

Das Risiko ~~als Versammlungsstätte~~ als Sporthalle in Bezug auf den Brandfall wird aufgrund der Nutzung über die Festlegungen der Niedersächsischen Bauordnung und der Schulbaurichtlinie Niedersachsen ~~die Versammlungsstättenverordnung Niedersachsen~~ abgedeckt. Besondere Risiken, die nicht über die Anforderungen der NBauO und der ~~NVStättVO~~ SchulBauR abgedeckt werden, liegen nicht vor.

Abweichungen von den bauordnungsrechtlichen Vorschriften sind grundsätzlich möglich, wenn mit einer anderen Lösung der Nachweis erbracht wird, dass die allgemeinen Schutzziele des Brandschutzes gleichermaßen erfüllt werden oder plausibel begründet werden, dass trotz der festgestellten Abweichungen die Schutzziele weiterhin erfüllt werden.

5 Brandschutztechnische Maßnahmen

5.1 Vorbeugender baulicher Brandschutz

5.1.1 Gebäudeabschlusswände

Anforderungen gemäß § 30 NBauO i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 1 DVO-NBauO

Aus dem Lageplan ist abzuleiten, dass bei dem betrachteten Gebäude keine Grenzbebauung auch nicht zu Gebäuden auf dem gleichen Grundstück vorliegt und somit eine Gebäudeabschlusswand bauordnungsrechtlich nicht erforderlich ist.

5.1.2 System der inneren Brandabschottung

Anforderungen gemäß § 30 NBauO i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 2b DVO-NBauO

Aufgrund der Gebäudeabmessungen des Gebäudes ist eine brandschutztechnische Unterteilung durch eine innere Brandwand bauordnungsrechtlich nicht erforderlich. Das Gebäude stellt einen Brandabschnitt dar.

5.1.3 Rauchabschnitte

Das Gebäude stellt einen Brand- und Rauchabschnitt dar.

5.1.4 Flucht- und Rettungswegsystem

Anforderungen gemäß § 33 i. V. m. § 13 DVO-NBauO und Abs. 3 SchulBauR

Das Flucht- und Rettungswegsystem beschreibt den Verlauf der Flucht- und Rettungswege aus der Sporthalle.

Die Sporthalle wird mit einem Faltvorhang ausgeführt. Bei geschlossenem Vorhang verfügt jeder Hallenteil über einen direkten Ausgang ins Freie, über den der erste Rettungsweg sichergestellt wird. Der zweite Rettungsweg aus beiden Hallenteilen führt über den notwendigen Flur ins Freie. Der Trennvorhang wird daher mit einem Durchgang vorgesehen.

~~Die Sportfläche wird auch als Versammlungsraum genutzt, zwei möglichst weit auseinander und entgegengesetzte Rettungswege ins Freie sind wie beschrieben geplant. Ein weiterer Rettungsweg führt über den notwendigen Flur.~~

Aus dem Umkleidebereich verlaufen die Rettungswege über den notwendigen Flur oder die Sportfläche ins Freie.

Aus dem Bereich des Umkleidebereichs sind die Ausgänge in einer Entfernung von weniger als 35 m und von der Sportfläche von weniger als 30 m erreichbar.

Die bauordnungsrechtlichen Anforderungen an die Anordnung und Führung der Rettungswege werden erfüllt. Die Ausgänge und Rettungswege sind im Brandschutzplan dargestellt.

5.1.4.1 Nachweis der Ausgangs- und Rettungswegbreiten

Anforderungen gemäß § 36 NBauO i. V. m. § 17 DVO-NBauO und Abs. 3.4 SchulbauR

Hinsichtlich der Ausgangsbreiten und der Türbreiten im Verlauf der Rettungswege bestehen keine bauordnungsrechtlichen Anforderungen. Die Ausgangstüren vom Spielfeld betragen eine lichte Breite von 1,25 m.

Der notwendige Flur wird so breit ausgeführt, sodass er für den größten zu erwartenden Verkehr ausreichend ist. ~~Eine Folge von weniger als drei Stufen ist unzulässig.~~ Der Flur weist eine lichte Breite größer 1,50 m auf, sodass die bauordnungsrechtlichen Anforderungen erfüllt werden.

~~Gemäß der Versammlungsstättenverordnung ist die Breite der Rettungswege nach der größtmöglichen Zahl der darauf angewiesenen Personen zu bemessen. Die lichte Breite eines jeden Teils eines Rettungsweges muss bei Versammlungsstätten in Gebäuden 0,60 m je 100 der auf den Rettungsweg angewiesenen Personen betragen, mindestens jedoch 1,20 m. Bei Ausgängen aus Aufenthaltsräumen mit nicht mehr als 200 m² Grundfläche genügt eine lichte Breite von 0,90 m.~~

~~Der Nachweis der Ausgangs- und Rettungswegbreiten und die Bestimmung der korrespondierenden maximal zulässige Besucherzahl der Versammlungsstätte ergibt sich nach den Bemessungsregeln der NVStättVO in Abhängigkeit der vorhandenen Ausgangs- und Rettungswegbreiten sowie der zur Verfügung stehenden Nutzflächen der einzelnen Versammlungsräume.~~

~~Die Anzahl der Besucher je m² Nutzfläche des Versammlungsraumes ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 NVStättVO, wie folgt:~~

Sitzplätze an Tischen	1 Person je m²
Sitzplätze in Reihen	2 Personen je m²
Stehplätze	2 Personen je m²

~~Die Besucherkapazität ergibt sich somit gemäß vorstehender Bemessungsregel und aufgrund der Bestuhlung auf der Sportfläche mit einer Grundfläche von ca. 445 m² wie folgt:~~

Stehplätze bzw. Sitzplätze in Reihen

Sportfläche	445 m²	Stehplätze/Sitzplätze	2 x 445 = 890 Pers.
------------------------	------------------------------	----------------------------------	--------------------------------

Sitzplätze an Tischen

Sportfläche	445 m²	Sitzplätze	1 x 445 = 445 Pers.
------------------------	------------------------------	-----------------------	--------------------------------

Dieser Besucherzahl stehen folgende anzusetzende Ausgangsbreiten zur Verfügung:

Ausgangstür an der Ostseite 1	1 x 1,25 m	1 x 200 Pers.	=	200 Pers.
Ausgangstür an der Ostseite 2	1 x 1,25 m	1 x 200 Pers.	=	200 Pers.
Ausgangstür an der Westseite	1 x 1,25 m	1 x 200 Pers.	=	200 Pers.

Summe = 600 Pers.

Die maximal möglichen Besucherkapazitäten von 890 Pers. (Stehplätze bzw. Sitzplätze in Reihen) gemäß der Bemessungsregel überschreitet somit die zulässige Besucheranzahl von 600 Personen.

Aus der Berechnungsmethode ergibt sich eine maximale Personenzahl von 600 Personen (Stehplätze).

Die Nutzung der Sportfläche als Versammlungsraum wird für Veranstaltungen auch aufgrund des Stellplatznachweises auf insgesamt maximal 400 Personen limitiert.

5.1.4.2 Bestuhlung und Gänge

Anforderungen gemäß § 10 NVStättVO

Auf der Sportfläche müssen bei Veranstaltungen mit mehr 200 Personen in Reihen angeordnete Sitzplätze auf Stühlen, die nur vorübergehend aufgestellt werden, dass sie in den einzelnen Reihen fest miteinander verbunden sind. Die Sitzplätze müssen mindestens 0,50 m breit sein und zwischen Sitzplatzreihen muss eine lichte Durchgangsbreite von mindestens 0,40 m vorhanden sein. Die Sitzplätze müssen in Blöcken von höchstens 30 Sitzplatzreihen angeordnet sein und hinter und zwischen den Blöcken müssen Gänge mit einer Mindestbreite von 1,20 m vorhanden sein. Die Gänge müssen auf möglichst kurzem Weg zum Ausgang führen. Seitlich eines Ganges dürfen in einer Reihe höchstens 10 Sitzplätze angeordnet sein. Zwischen zwei Seitengängen dürfen in einer Reihe höchstens 20 Sitzplätze angeordnet sein. Von jedem Tischplatz darf der Weg zu einem Gang nicht länger als 10 m sein und der Abstand von Tisch zu Tisch soll 1,50 m nicht unterschreiten.

In Versammlungsstätten müssen für Benutzerinnen und Benutzer von Rollstühlen mindestens eins von Hundert der Besucherplätze, mindestens jedoch zwei Plätze auf ebenen Standflächen vorhanden sein. Den Plätzen für Benutzerinnen und Benutzer von Rollstühlen müssen Besucherplätze für Begleitpersonen zugeordnet sein. Die Plätze für Benutzerinnen und Benutzer von Rollstühlen und die Wege zu ihnen müssen durch Hinweisschilder gut sichtbar gekennzeichnet sein.

5.1.5 Feuerwiderstandsdauer der Bauteile und Brandverhalten der Baustoffe

Als Grundlage zur Beurteilung folgender Punkte dient ein Gebäude der Gebäudeklasse 3.

Hinweis:

Ein genauer Nachweis der Feuerwiderstandsdauer der Bauteile die aus dem Brandschutzkonzept resultieren erfolgt ausschließlich durch einen Tragwerksplaner bzw. durch Vorlage einer geprüften Statik.

5.1.5.1 Tragende Konstruktion

Anforderungen gemäß § 27 NBauO i. V. m. § 5 DVO-NBauO und Abs. 2.1 SchulBauR

Die tragenden und aussteifenden Wände, Pfeiler und Stützen werden bei der Sporthalle mit einer Feuerwiderstandsdauer von mindestens 30 Minuten aus massiven Baustoffen aus Mauerwerk oder Stahlbetonfertigteilen und im oberen Drittel als Holzkonstruktion ausgeführt.

Die bauordnungsrechtlichen Anforderungen werden erfüllt.

5.1.5.2 Nichttragende Außenwände und Außenwandbekleidungen

Anforderungen gemäß § 28 NBauO i. V. m. § 6 DVO-NBauO

Anforderungen an die Außenwände werden nicht gestellt.

Die Außenwände des Gebäudes werden aus Mauerwerk oder Stahlbetonfertigteilen mit Dämmung errichtet. Die Außenwandbekleidungen erfüllen mindestens die Anforderung normalentflammbar.

5.1.5.3 Trennwände

Anforderungen gemäß § 29 NBauO i. V. m. § 7 DVO-NBauO

Die Sporthalle mit Umkleidebereich stellt eine Nutzung dar, sodass bauordnungsrechtlich keine Trennwände erforderlich sind. ~~Bei Nutzung als Versammlungsstätte geht von den Umkleidebereichen keine Gefahr aus, da außer Sitzbänke keine Brandlasten in den Räumen vorhanden sind.~~

5.1.5.4 Brandwände

Anforderungen gemäß § 30 NBauO i. V. m. § 8 DVO-NBauO und Abs. 2.2 SchulbauR

Brandwände sind bauordnungsrechtlich nicht erforderlich.

5.1.5.5 Decken

Anforderungen gemäß § 31 NBauO i. V. m. § 10 DVO-NBauO

Eine Geschossdecke ist in der Sporthalle aufgrund der Eingeschossigkeit nicht vorhanden.

5.1.5.6 Unterdecken

An geplanten Unterdecken in der Sporthalle werden außer im [notwendigen Flur bei entsprechenden Bedingungen \(Abschnitt 5.1.5.10\)](#) keine brandschutztechnischen Anforderungen gestellt.

5.1.5.7 Dämmstoffe, Bekleidungen und Fußböden

Anforderungen gemäß § 5 NVStättVO

~~In der Mehrzweckhalle mit einer Grundfläche mit ca. 445 m² müssen Dämmstoffe aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.~~

~~Die Bekleidungen der Wände (Prallschutz, Trennvorhang) und Decken des Versammlungsraumes müssen aus mindestens schwer entflammaren Baustoffen (B1) bestehen. Aufgrund der Raumfläche sind auch geschlossene nicht hinterlüftete Holzbekleidungen zulässig.~~

~~Die Unterkonstruktionen, Halterungen und Befestigungen von Bekleidungen müssen aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen; in den Hohlräumen hinter Bekleidungen aus brennbaren Baustoffen dürfen Kabel und Leitungen nur in Installationsschächten oder Installationskanälen aus nicht brennbaren Baustoffen verlegt sein.~~

~~Falls für Veranstaltungen in dem Gebäude Szeneflächen aufgebaut werden, muss der Fußboden der Szenefläche fugendicht sein; betriebsbedingte Öffnungen sind zulässig. Die Unterkonstruktion des Fußbodens von Szeneflächen muss mit Ausnahme von Lagerhölzern aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen.~~

Hinweis:

~~Szeneflächen sind Flächen für Darbietungen; für Darbietungen bestimmte Flächen unter 20 m² gelten nicht als Szeneflächen.~~

5.1.5.8 Dächer und Bedachungen

Anforderungen gemäß § 32 NBauO i. V. m. § 11 DVO-NBauO

Anforderungen an die Dachkonstruktion werden nicht gestellt.

~~Das Dachtragwerk wird aus Brettschichtholzbindern als Holzkonstruktion und die Dachhaut aus Trapezblech mit Dämmung und Dachabdichtungsbahn errichtet. Die Ausführung der Dachkonstruktion mit einer klassifizierten Feuerwiderstandsdauer ist aufgrund der geringen Brandlasten in dem Gebäude nicht erforderlich.~~

Die Anforderungen an eine harte Bedachung werden erfüllt.

5.1.5.9 Treppen und Treppenräume

Anforderungen gemäß §§ 34, 35 NBauO i. V. m. §§ 14, 15 DVO-NBauO

Eine Treppe oder Treppenraum ist in der Sporthalle aufgrund der Eingeschossigkeit nicht vorhanden.

5.1.5.10 Notwendige Flure

Anforderungen gemäß § 36 NBauO i. V. m. § 17 DVO-NBauO und Abs. 3.3 SchulBauR

Zur sicheren Erreichbarkeit des Ausgangs im Brandfall wird ein notwendiger Flur angeordnet.

Die Flurwände werden mit einer Feuerwiderstandsdauer von 30 Minuten errichtet und bis zur Rohdecke geführt. Alternativ können die Wände bis an die Unterdecke geführt werden, wenn diese Unterdecken feuerhemmend (F 30) ausgeführt werden. Somit werden die bauordnungsrechtlichen Anforderungen erfüllt.

Weiterhin bestehen an die notwendigen Fluren folgende Anforderungen:

- Bekleidungen, Putze und Dämmstoffe müssen aus nicht brennbaren Baustoffen (Baustoffklasse A) bestehen.

Die bauordnungsrechtlichen Anforderungen werden bei den notwendigen Fluren umgesetzt. Die erforderlichen Flurwände und deren brandschutztechnischen Qualitäten sind in dem Brandschutzplan dargestellt.

Hinweis

Es ist geplant Umkleidefächer im notwendigen Flur anzuordnen. Die Fächer sind **nichtbrennbar auszuführen** ~~nach DIN EN 13501-1 aufzustellen~~. Die notwendige Breite des notwendigen Flures wird nicht eingeschränkt und eine sichere Entfluchtung wird weiterhin gewährleistet.

5.1.6 Türen

5.1.6.1 Anforderungen an Öffnungsverschlüsse

Folgende Feuerschutz- und Rauchschutzabschlüsse und Öffnungsverschlüsse sind erforderlich:

- dichtschießende Türen zum notwendigen Flur

Die erforderlichen Abschlüsse sind in dem Brandschutzplan dargestellt.

5.1.6.2 Sicherung von Türen

Alle Türen im Verlauf von Rettungswegen müssen jederzeit zu öffnen sein, solange sich Personen im Gebäude befinden. Sie müssen von innen leicht in voller Breite zu öffnen sein. Neben der Fluchtmöglichkeit von Personen ist in Abstimmung mit der Feuerwehr zu prüfen, ob sie an diesen Türen auch einen Zugang von außen benötigt. In diesen Fällen sind auch Öffnungsmöglichkeiten von außen vorzusehen.

Besteht die Notwendigkeit, Türen im Zuge von Rettungswegen gegen unbefugte Benutzung zu sichern, so stehen folgende Systeme zur Verfügung:

- Panikschlösser
- innen Drücker, außen Knauf
- Türwächter
- elektrische Verriegelungssysteme

Werden elektrische Verriegelungssysteme eingesetzt, müssen sie der Richtlinie über Verriegelungssysteme von Türen in Rettungswegen (ElTVTR) entsprechen. Diese schreibt vor, dass ein

elektrisches Verriegelungssystem mindestens aus den Komponenten Steuerung, Nottaster und Verriegelung nach dem Ruhestromprinzip bestehen muss.

5.1.6.3 Aufschlagrichtung von Türen

~~Anforderungen gemäß § 9 Abs. 3 NVStättVO~~

~~Die Türen im Zuge von Rettungswegen aus dem Versammlungsraum müssen in Fluchtrichtung des ersten Rettungsweges aufschlagen und dürfen keine Schwellen haben. Während des Aufenthaltes von Personen in dem Versammlungsraum müssen die Türen in den jeweiligen Rettungswegen jederzeit von innen leicht und in voller Breite geöffnet werden können. Die Türen aus dem Küchenbereich können entgegengesetzt der Fluchtrichtung aufschlagen.~~

An die Türen werden keine Anforderungen bezüglich der Aufschlagrichtung gestellt.

5.1.6.4 Feststellanlagen

Soweit es aus betrieblichen Gründen unerlässlich ist, Feuerschutz- und Rauchschutzabschlüsse während der Betriebszeiten offen zu halten, müssen sie mit Feststellanlagen versehen sein, die bei Raucheinwirkung ein selbsttätiges Schließen der Türen bewirken. Die Brauchbarkeit der Feststellanlagen ist durch eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung nachzuweisen.

Der Eigentümer ist verpflichtet, mindestens einmal jährlich eine Prüfung und eine Wartung der Anlage durch einen Sachkundigen vornehmen zu lassen. Umfang, Ergebnis und Zeitpunkt der Prüfung sind zu protokollieren.

Anmerkung

Feuerschutz- und Rauchschutzabschlüsse, die betriebsmäßig offen gehalten werden, müssen sich erst schließen, wenn der Schließvorgang durch die Melder unmittelbar an diesen Türen ausgelöst wird. Ein vorheriges Schließen dieser Türen kann die Räumung negativ beeinflussen und bei den Nutzern des Gebäudes zu Verunsicherungen führen

5.1.7 Räume mit besonderen Anforderungen

~~Anforderungen gemäß § 17 NVStättVO~~

Räume mit besonderen Anforderungen sind in der Sporthalle nicht geplant.

Hinsichtlich der Elektroinstallationen sind die Anschlussbedingungen des Energieversorgers sowie die VDE-Vorschriften zu berücksichtigen.

Räume mit besonderen Anforderungen bzw. erhöhten Brandgefahren sind nicht vorhanden oder geplant.

5.2 Anlagentechnische Brandschutzmaßnahmen

5.2.1 Brandmelde- und Alarmierungsanlage

Die angrenzende Schule verfügt über eine Alarmierungsanlage auf, die die Sporthalle aufgeschaltet werden soll.

Die Aufschaltung erfolgt in Anlehnung an die DIN 14675 mit nicht automatischen Brandmeldern (Druckknopfmelder), durch die im Gefahrenfall die Räumung des Gebäudes eingeleitet werden kann (Hausalarmierung). Das Alarmsignal muss sich vom Pausensignal unterscheiden und in jedem Raum des Gebäudes zu hören sein. Das Alarmsignal muss mindestens an einer während der Betriebszeit der Schule ständig besetzten Stelle oder an einer jederzeit zugänglichen Stelle innerhalb der Sporthalle (Alarmierungsstelle, z.B. Umkleide 03) ausgelöst werden können. An den Alarmierungsstellen müssen sich Telefone befinden, mit denen jederzeit Feuerwehr und Rettungsdienst unmittelbar alarmiert werden können.

5.2.2 Automatische Löschanlage

Eine automatische Löschanlage ist bauordnungsrechtlich nicht erforderlich.

5.2.3 Wandhydranten und trockene Steigleitungen

Wandhydranten und trockene Steigleitungen sind bauordnungsrechtlich nicht erforderlich.

5.2.4 Maßnahmen für die Rauchableitung

Anforderungen gemäß Abs. 8 SchulbauR

Um eine gewisse Rauchverdünnung innerhalb der Räume im Brandfall des Gebäudes zu schaffen, bietet sich die Lüftung über Fenster und Türen im Sinne einer Querlüftung an.

Die Anforderung zur Erfüllung des Schutzzieles ist erfüllt, wenn die Sporthalle

- entweder an der obersten Stelle Öffnungen zur Rauchableitung mit einem freien Querschnitt von insgesamt 1 v. H. der Grundfläche oder
- im oberen Drittel der Außenwände angeordnete Öffnungen, Türen oder Fenster mit einem freien Querschnitt von insgesamt 2 v. H. der Grundfläche haben

Die Rauchableitung kann über die geplanten RWA-Fenster sichergestellt werden. Die freie Öffnungsfläche für die Fenster müssen im vorliegenden Fall insgesamt mindestens 8,9 m² betragen.

Die beiden Türöffnungen an der Ostseite sowie die sechs RWA-Fenster (Ost- u. Westseite) besitzen ein lichtetes Öffnungsmaß von insgesamt ca. 10 m². Die Fenster können zur Rauchableitung im Brandfall manuell geöffnet werden.

5.2.5 Haustechnische Anlagen

5.2.5.1 Lüftungsanlagen

Anforderungen gemäß § 39 NBauO in Verbindung mit § 23 DVO-NBauO

Eine Lüftungsanlage ist in der Sporthalle geplant. Die Beurteilung ist nicht Bestandteil dieses Brandschutzkonzeptes.

Bezüglich der Lüftungsanlage ist die Lüftungsanlagen-Richtlinie in der aktuellen Fassung zu beachten. Abweichungen von der eingeführten Technischen Baubestimmung sind möglich, wenn die brandschutztechnische Gleichwertigkeit der Lösung durch den Fachplaner der Lüftungsanlage im Rahmen der brandschutztechnischen Dokumentation nachgewiesen wird.

5.2.5.2 Leitungsanlagen- und Durchführungen

Anforderungen gemäß § 39 NBauO in Verbindung mit § 23 DVO-NBauO

Sämtliche Installationen und Leitungen durch Bauteile, für die eine Feuerwiderstandsdauer vorgeschrieben ist, müssen so ausgeführt werden, dass eine Übertragung von Feuer und Rauch durch raumabschließende Bauteile verhindert wird.

Die Leitungsanlagen-Richtlinie ist in der jeweils aktuellen Fassung einzuhalten. Abweichungen von den eingeführten Technischen Baubestimmungen sind möglich, wenn die Gleichwertigkeit der Lösung durch den Fachplaner der Elektroanlagen nachgewiesen wird. Die Überwachung und Dokumentation der Nachweise erfolgen durch den Bauleiter.

5.2.6 Sicherheitsbeleuchtung und Kennzeichnung von Rettungswegen

Anforderung gemäß Abs. 6 SchulbauR

In der Sporthalle ist eine Sicherheitsbeleuchtung im notwendigen Flur erforderlich.

Die Rettungswege und Ausgänge wurden bzw. werden mit hinterleuchteten Rettungswegkennzeichen gemäß ASR A1.3 „Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung“ gekennzeichnet. Die Kennzeichen sind mindestens an den ins Freie führenden Ausgängen angebracht werden. Die Leuchten der Rettungswegkennzeichen werden in Dauerschaltung ausgeführt.

5.2.7 Blitzschutzanlage

Anforderungen gemäß § 42 NBauO und Abs. 5 SchulBauR

Die Sporthalle wird mit einer äußeren und inneren Blitzschutzanlage ausgestattet.

5.2.8 Sicherheitsstromversorgung

Anforderung gemäß Abs. 8 SchulbauR

Die Sporthalle muss Sicherheitsstromversorgungsanlagen haben, die bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung den Betrieb der sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen übernehmen. Dies sind im vorliegenden Fall folgende Anlagen und Einrichtungen:

- Sicherheitsbeleuchtung
- Rettungswegkennzeichen
- Alarmierungsanlage

Die Alarmierungsanlage muss unterbrechungsfrei betrieben werden. Die Sicherstellung der Sicherheitsstromversorgung kann alternativ zu einer zentralen Sicherheitsstromversorgung über anlageneigene Batterien erfolgen.

Die Ausführung und Planung erfolgt anhand der LAR, EitBauVO, den VDE-Vorschriften sowie den entsprechenden Verwendbarkeitsnachweisen.

Die Sicherheitsstromversorgung ist in regelmäßigen Abständen von einem bauaufsichtlich anerkannten Prüfsachverständigen zu überprüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist schriftlich festzuhalten.

5.2.9 Funktionserhalt sicherheitsrelevanter Anlagen

Gemäß Leitungsanlagen-Richtlinie (LAR) müssen elektrische Leitungsanlagen für bauordnungsrechtlich vorgeschriebene Sicherheitseinrichtungen so beschaffen oder durch Bauteile abgetrennt sein, dass diese Einrichtungen bei äußerer Brandeinwirkung für eine ausreichende Zeitdauer funktionstüchtig bleiben.

Folgender Funktionserhalt für die sicherheitsrelevanten Einrichtungen ist erforderlich:

- Sicherheitsbeleuchtung und
- Rettungswegkennzeichnung mit hinterleuchteten oder beleuchteten Piktogrammen (E 30), sofern diese über eine Zentrale Sicherheitsstromversorgung (z.B. Zentrale Batterieanlage) betrieben werden.
- Alarmierungsrichtung (E 30)

Auf den Funktionserhalt bei der Alarmierungsanlage kann unter Anwendung der Ringbustechnik verzichtet werden, wenn bei Kurzschluss oder Leitungsunterbrechung durch Brandeinwirkung die Alarmierungsanlage weiterhin funktionsfähig bleiben. Die Ausführung und Planung erfolgt anhand der LAR, EitBauVO, den VDE-Vorschriften sowie den entsprechenden Verwendbarkeitsnachweisen.

5.3 Organisatorische Brandschutzmaßnahmen

5.3.1 Brandschutzbeauftragte/r

~~Anforderungen gemäß § 42 Abs. 1 NVStättVO~~

~~Der Betreiber des Gebäudes hat im Einvernehmen mit der für den Brandschutz zuständigen Dienststelle eine Brandschutzbeauftragte oder einen Brandschutzbeauftragten und Selbsthilfekräfte für den Brandschutz zu bestellen.~~

~~Der Brandschutzbeauftragte hat die Aufgabe, die Einhaltung des genehmigten Brandschutzkonzeptes und der sich daraus ergebenden betrieblichen Brandschutzanforderungen zu überwachen und dem Betreiber festgestellte Mängel zu melden.~~

Eine Benennung eines Brandschutzbeauftragten ist bauordnungsrechtlich nicht erforderlich.

5.3.2 Brandschutzordnung

~~Anforderung gemäß Abs. 9 SchulbauR~~

~~Der Betreiber der Mehrzweckhalle hat im Einvernehmen mit der für den Brandschutz zuständigen Dienststelle eine Brandschutzordnung aufzustellen und durch Aushang in dem Gebäude bekannt zu machen. In der Brandschutzordnung sind die Einzelheiten der Aufgabenerfüllung des Brandschutzbeauftragten und der Selbsthilfekräfte für den Brandschutz sowie die Maßnahmen festzulegen, die zur Rettung von Menschen mit Behinderungen, insbesondere Benutzerinnen und Benutzern von Rollstühlen, erforderlich sind.~~

~~Für das Gebäude ist eine Brandschutzordnung nach DIN 14096 Teil A – C aufzustellen.~~

~~Die Brandschutzordnung Teil A ist öffentlich auszuhängen.~~

~~Der Teil B ist den Mitarbeitern bekannt zu geben. In der Brandschutzordnung Teil B muss festgelegt werden, dass alle Rettungswege einengungsfrei sein müssen und freizuhalten sind, so dass diese jederzeit uneingeschränkt als Rettungsweg nutzbar sind.~~

~~Die Brandschutzordnung Teil C richtet sich an Personen, denen über ihre allgemeinen Pflichten hinaus besondere Aufgaben im Brandschutz übertragen sind (z. B. Brandschutzbeauftragte/r, Personen mit Ordnungsfunktion, Sicherheitsingenieure).~~

~~In der Brandschutzordnung wird schriftlich festgehalten, dass~~

- ~~• die Rettungswege und insbesondere die Ausgänge ins Freie ständig frei zu halten sind,~~
- ~~• Türen im Verlauf von Rettungswegen während der Betriebszeiten von innen unverschlossen sein müssen (Panikschloss) und~~
- ~~• körperlich beeinträchtigte Personen bei der Räumung des Gebäudes unterstützt werden müssen.~~

~~Die Brandschutzordnung wird ständig auf dem neusten Stand gehalten.~~

Für das Gebäude ist eine Brandschutzordnung nach DIN 14096 Teil A + B aufzustellen.

Die Brandschutzordnung Teil A ist öffentlich auszuhängen.

Der Teil B ist den Mitarbeitern bekannt zu geben. In der Brandschutzordnung Teil B muss festgelegt werden, dass alle Rettungswege einengungsfrei sein müssen und freizuhalten sind, sodass diese jederzeit uneingeschränkt als Rettungsweg nutzbar sind.

Die Brandschutzordnung ist ständig auf dem neusten Stand zu halten.

5.3.3 Flucht- und Rettungspläne

Es werden Flucht- und Rettungspläne gemäß DIN ISO 23601 erstellt und an zentralen Stellen angebracht. Die Pläne werden Angaben über die im Gefahrenfall zu benutzenden Rettungswege, die Lage des Sammelplatzes und die tragbaren Feuerlöscher etc. enthalten. Eingangsbereich ist ein Flucht- und Rettungsplan anzuordnen.

5.3.4 Feuerwehrpläne

Anforderung gemäß Abs. 9 SchulbauR

Die Feuerwehrpläne sind nach DIN 14095 in Abstimmung mit der für den Brandschutz zuständigen Dienststelle für das Gebäude anzufertigen und der örtlichen Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. In den Feuerwehrplänen werden alle für den Feuerwehreinsatz wichtigen Informationen aufgenommen.

Zudem müssen sie stets den aktuellen Stand der Bebauung und Nutzung wiedergeben. Die Feuerwehrpläne müssen alle zwei Jahre vom Betreiber auf ihre Aktualität geprüft werden oder bei Änderungen unverzüglich angepasst werden.

5.3.5 Bereitstellung von Feuerlöschern

Zur Bekämpfung von Entstehungsbränden sind in dem Gebäude Feuerlöscher vorzusehen. Die Ermittlung der erforderlichen Löschmitteleinheiten erfolgt nach ASR A2.2 Tabelle 3.

Die Anordnung der Feuerlöscher erfolgt gleichmäßig in dem Gebäude. Sinnvollerweise wird ein Feuerlöscher innerhalb von 20 m erreicht. Die Feuerlöscher werden, soweit diese nicht offensichtlich sind, gemäß ASR A1.3 gekennzeichnet. Sie sollten in max. 1,20 m (Griffhöhe) über dem Fußboden angeordnet sein.

Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass gemäß DIN 14406 Feuerlöscher in regelmäßigen Zeitabständen (nicht länger als 2 Jahre sowie nach jedem Gebrauch) durch fachkundige Prüfer auf ihre Einsatzbereitschaft zu prüfen sind.

5.3.6 Betriebliche Brandschutzmaßnahmen

5.3.6.1 Personalschulungen

Die Lehrer sowie das Personal werden anhand der erstellten Brandschutzordnung bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach mindestens einmal jährlich über die Brandschutzmaßnahmen unterrichtet. Neben dem Üben des richtigen Verhaltens bei Bränden werden ebenso die Brandschutzeinrichtungen erläutert. Des Weiteren wird die Handhabung von Feuerlöschern geübt.

5.3.6.2 Pflichten des Betreibers

Der Betreiber des Gebäudes ist dafür verantwortlich, dass

- die technischen Anlagen und Einrichtungen ihrem Zweck entsprechend betrieben werden oder betriebsbereit bleiben und
- die Betriebsvorschriften eingehalten werden.

5.3.6.3 Abnahme Prüfungen und Dokumentation

Der Betreiber der baulichen Anlage ist verpflichtet, die Sicherheitseinrichtungen entsprechend den Hersteller- und Installationsvorschriften zu warten oder warten zu lassen und ggf. instand zu setzen.

Die Prüfungen werden grundsätzlich vor der ersten Inbetriebnahme der baulichen Anlage, unverzüglich nach einer wesentlichen Änderung der technischen Anlagen und Einrichtungen sowie jeweils innerhalb einer Frist von drei Jahren (wiederkehrende Prüfungen) durchgeführt.

Die Planung der brandschutztechnisch relevanten baulichen Einrichtungen und der sicherheitstechnischen Einrichtungen ist rechtzeitig abzustimmen.

Alle Instandhaltungsmaßnahmen – die Ergebnisse der Inspektionen und Wartungen – müssen durch laufende Aufzeichnungen nachgewiesen werden.

5.3.6.4 Umsetzung des Brandschutzkonzeptes

Eine Bescheinigung der prinzipiellen Übereinstimmung bzw. die Durchführung einer Fachbauleitung Brandschutz basiert auf der Verantwortlichkeit der übrigen Baubeteiligten für eine ordnungsgemäße, den allgemein anerkannten Regeln der Technik und den Bauvorlagen entsprechende Ausführung. Die brandschutztechnische Objektüberwachung ersetzt keine Hochbaubauleitung. Voraussetzung für die Fachbauleitung bzw. Bescheinigung der prinzipiellen Übereinstimmung ist eine qualifizierte Hochbaubauleitung sowie die Vorlage einer qualifizierten Ausführungsplanung. Die Maßnahmen sind von Fachunternehmen durchzuführen. Zum Abschluss sind Fachunternehmererklärungen zu erstellen, die die ordnungsgemäße Ausführung entsprechend der Verwendbarkeitsnachweise sowie den technischen Regeln dokumentieren.

5.3.6.5 Brandschutzakte

Um den bestandssichernden Zustand für die gesamte Dauer der Nutzung aufrecht zu erhalten, ist ein Steuerungswerkzeug sinnvoll. Daher wird die Erstellung einer Brandschutzakte empfohlen.

Darin sind alle Unterlagen, die den baulichen Brandschutz betreffen hinterlegt. Mit Hilfe der Brandschutzakte können Gebäudeeigentümer und –nutzer jederzeit das brandschutztechnische Sicherheitskonzept nachvollziehen, um beispielsweise bei baulichen Veränderungen den abgesteckten Rahmen nicht zu überschreiten. Damit die Brandschutzakte als Steuerinstrument für den vorbeugenden baulichen und organisatorischen Brandschutz dienen kann, sollten mindestens nachfolgende Unterlagen in ihr vorhanden sein:

- Die allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen (abZ) und Prüfzeugnisse (abP) der im Gebäude verbauten Bauteile.
- Die unterschriebenen Übereinstimmungserklärungen der im Gebäude verbauten Bauteile und Bauarten.
- Die EG-Konformitätserklärungen der verwendeten Baustoffe und Bauteile.
- Die Fachunternehmer-Bescheinigungen der ausführenden Firmen.
- Die Nachweise der Abnahmen nach PrüfVO.
- Die entsprechenden Prüfbücher der technischen Einrichtungen und Geräte.
- Das aktuelle Brandschutzkonzept mit den entsprechenden Anlagen und Plänen.
- Die aktuelle Baugenehmigung und die Genehmigungsbescheide.
- Sonstige Planunterlagen – Flucht- und Rettungswegpläne, FW-Pläne.
- Dokumentation/Verzeichnis der technischen Einrichtungen und Anlagen.

5.3.6.6 Sonstige Betriebsvorschriften

Rettungswege außerhalb des Gebäudes sind ständig von Kraftfahrzeugen und Gegenständen freizuhalten. Rettungswege innerhalb des Gebäudes sind ebenfalls von Hindernissen freizuhalten. Türen im Zuge von Rettungswegen dürfen nicht versperrt werden und müssen von innen leicht und ohne Hilfsmittel zu öffnen sein. Feuerschutz- und Rauchschutztüren dürfen im geöffneten Zustand – auch vorübergehend – nicht festgestellt werden, solange sie nicht über allgemein bauaufsichtlich zugelassene Feststellanlagen verfügen.

5.3.7 Brandschutz während der Bauausführung

Der Brandschutz ist auch während der Baumaßnahmen zu gewährleisten. Hierbei wird auf die konsequente Einhaltung der einschlägigen Sicherheitsregeln und Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen.

5.4 Abwehrender Brandschutz

5.4.1 Öffentliche Feuerwehr

Der abwehrende Brandschutz wird durch die öffentliche Feuerwehr, d. h. durch die Feuerwehr Burgwedel, sichergestellt. Sie ist aufgrund ihrer Personalstärke, Ausrüstung und Ausbildung in der Lage, die Aufgaben zur Menschrettung und Brandbekämpfung für die bauliche Anlage mit der vorgesehenen brandschutztechnischen Infrastruktur zu erfüllen.

5.4.2 Löschwasserversorgung

Anforderungen gemäß § 41 Abs. 1 NBauO sowie § 2 NBrandSchG

Zur Brandbekämpfung muss eine ausreichende Wassermenge in einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Weise zur Verfügung stehen. Die Gemeinden haben, gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 NBrandSchG, den allgemeinen örtlichen Verhältnissen im Rahmen des so genannten Grundschutzes eine ausreichende Löschwasserversorgung bereitzustellen.

Als Grundschutz ergibt sich für ein Löschwasserbedarf von mindestens 96 m³/h (1.600 l/min) über einen Zeitraum von zwei Stunden. Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung dürfen alle ständig einsatzbereiten Wasserentnahmestellen in einem Umkreis von 300 m angerechnet werden.

Da in unmittelbarer Nähe die ehemals genehmigte alte Turnhalle steht, wird von einer gesicherten Löschwasserversorgung ausgegangen.

5.4.3 Löschwasserrückhaltung

Für die bauliche Anlage sind **keine** besonderen Vorkehrungen zur Löschwasserrückhaltung erforderlich.

5.4.4 Flächen für die Feuerwehr

Anforderungen gemäß § 4 NBauO in Verbindung mit §§ 1, 2 DVO-NBauO

Damit bei einem Brand der baulichen Anlage wirksame Löscharbeiten möglich sind, muss vor dem Gebäude sowie auf dem Grundstück die erforderliche Bewegungsfreiheit für den Einsatz der Feuerwehr und deren Löschgeräte gewährleistet sein.

Die Einsatzkräfte der Feuerwehr können das Gebäude über die öffentliche Verkehrsfläche „An der Schule“ unmittelbar anfahren. Im öffentlichen Straßenraum sowie auf dem Grundstück sind ausreichend Bewegungsflächen vorhanden.

5.4.5 Zugänglichkeit

Der Zugang für die Feuerwehr erfolgt von dem Schulhof und den befestigten Flächen auf dem Grundstück. Vier Seiten des Gebäudes sind für die Feuerwehr über teilweise befestigte Verkehrsflächen fußläufig erreichbar.

Die Zugänglichkeit zum Gebäude wird durch die Nutzer sichergestellt.

Ein Feuerwehrschrüsseldepot (FSD) ist nicht erforderlich.

6 Abweichungen von bauordnungsrechtlichen Anforderungen

Bei der Aufstellung des Brandschutznachweises wurden keine Abweichungen von bauordnungsrechtlichen Anforderungen festgestellt.

7 Zusammenfassung

Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass auf Grundlage der vorliegenden Planunterlagen gegen den Neubau einer Sporthalle als Ersatzneubau an der Grundschule Fuhrberg, An der Schule 12A in 30938 Burgwedel in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken bestehen, wenn die in diesem Brandschutzkonzept beschriebenen brandschutztechnischen Mindestmaßnahmen realisiert werden.

Das vorliegende Brandschutzkonzept wurde nach bestem Wissen und den Grundlagen der derzeitigen brandschutztechnischen Erkenntnisse sowie der Baurechtsvorschriften erstellt.

Die Ausführungen und die fachliche Auffassung der Unterzeichner ersetzen nicht die baurechtlichen Entscheidungen der Bauaufsichtsbehörde.

Das Brandschutzkonzept umfasst 29 Seiten sowie eine Plananlage. Es ist urheberrechtlich geschützt, darf nur für die bauliche Anlage genutzt werden und ist nicht auf andere vergleichbare Objekte übertragbar.

Aufgestellt: 05.05.2026

CSR Brandschutzingenieure

M. Sc. Sebastian Bokelmann

Brandschutzingenieur

Dipl.-Ing. Christoph Schaefer

Beratender Ingenieur und
Sachverständiger für Brandschutz

8 Plananlagen

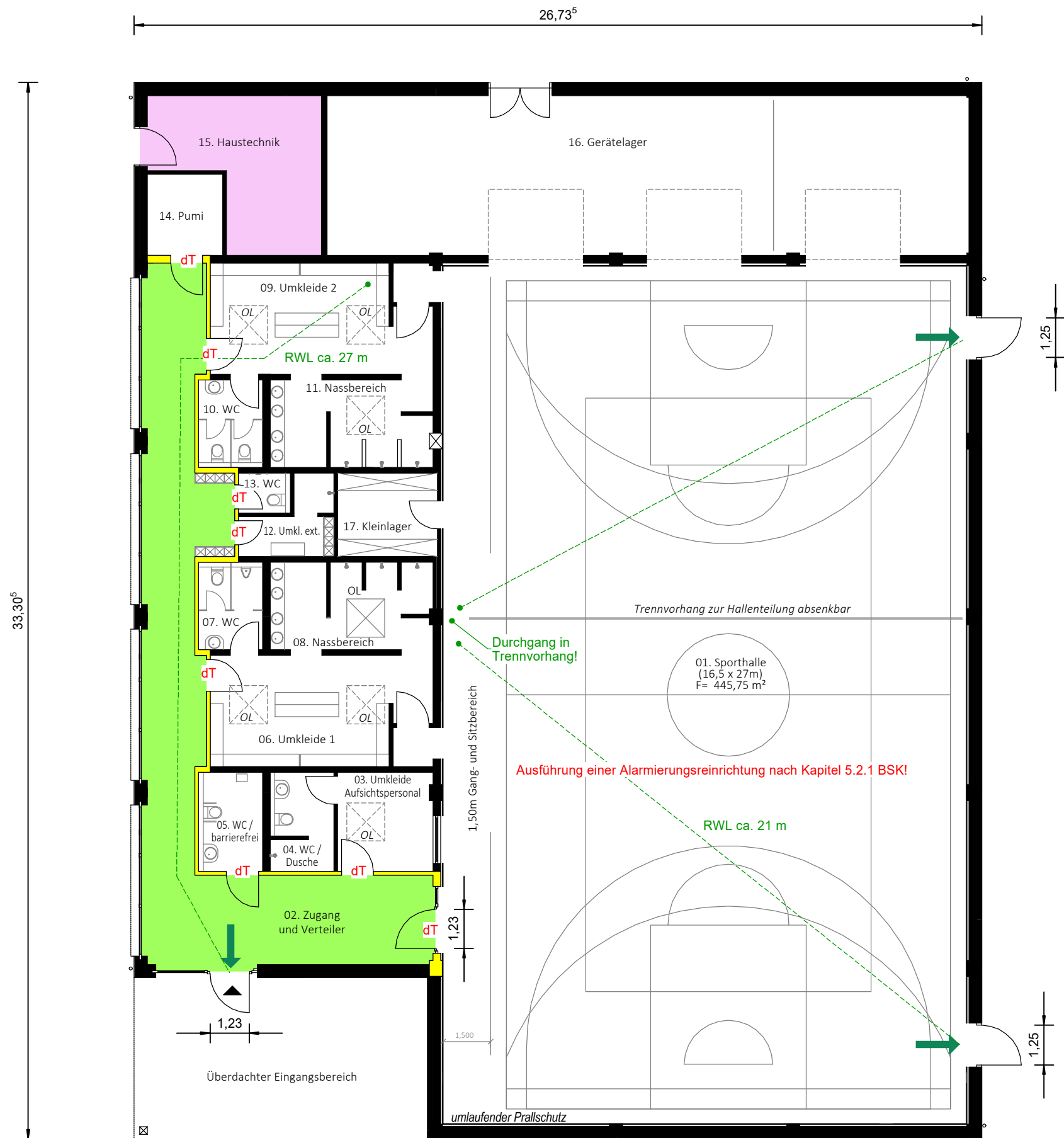
- Brandschutzplan – Grundriss Erdgeschoss

Plan-Nr.: 01

Der Brandschutzplan gilt als Übersicht für die notwendigen Brandschutzmaßnahmen in der baulichen Anlage. Vor Ort sind die Maße eigenverantwortlich zu überprüfen. Die Bauleitung hat die Maßnahmen entsprechend den bauaufsichtlichen Verwendbarkeitsnachweisen und Einbaubedingungen der Produkte eigenverantwortlich durchführen zu lassen.

Des Weiteren ist bei der Ausführungsplanung zu beachten, dass Bauteile mit einer definierten Feuerwiderstandsdauer nur an Bauteile mit der gleichen oder einer höherer Feuerwiderstandsdauer anschließen, dabei sind die Angaben bzw. Anforderungen der Verwendbarkeitsnachweise zu berücksichtigen.

Generell sind die Verwendbarkeitsnachweise sowie die Einbaubedingungen der Bauprodukte zu beachten.



- Legende:**
Mindestanforderungen an raumabschließende Bauteile und Öffnungsverschlüsse
bauaufsichtliche Benennung (Baustoffqualität siehe Textteil)
- Brandwand
 - feuerbeständig und in der Bauart einer BW
 - hochfeuerhemmend mit mechan. Beanspruchbarkeit
 - feuerbeständig
 - hochfeuerhemmend
 - feuerhemmend

- roter Text = Neu / schwarzer Text = Bestand
- fb/4 feuerbeständige, dicht- und selbstschließende Tür mit umlaufender Zarge
 - fb/rd feuerbeständige, rauchdichte und selbstschließende Tür
 - fb feuerbeständige, dicht- und selbstschließende Tür
 - fh/rd feuerhemmende, rauchdichte und selbstschließende Tür
 - fh feuerhemmende, dicht- und selbstschließende Tür
 - rd rauchdichte und selbstschließende Tür
 - dTs dicht- und selbstschließende Tür
 - dT dichtschießende Tür
 - BZ Blindzylinder

- Flucht- und Rettungswege**
- notwendiger Treppenraum
 - notwendiger Flur
 - 1. Rettungsweg
 - 2. Rettungsweg oder weiterer Rettungsweg
 - Zugang Feuerwehr
 - Notausstieg über Fenster (RF)
 - anleiterbare Stelle Steckleiter Feuerwehr
 - anleiterbare Stelle Drehleiter Feuerwehr
- RF: Anleiterpunkt Fenster min. 0,90 x 1,2 m BRH < 1,20 m
AS: Anleiterpunkt offen z.B. Balkon, Dachfläche o.ä.

- Räume / Flächen**
- Haustechnik

Die zeichnerische Darstellung gilt nur in Verbindung mit den textlichen Ausführungen des Brandschutzkonzeptes!

Brandschutzplan		
Projekt-Nr.: 25-1743-B/06_Nachweis_Brandschutz_20260505_V2		
Bauvorhaben: Neubau einer Einfeld - Turnhalle an der Grundschule Burgwedel - Fuhrberg An der Schule 12A, 30398 Burgwedel - Fuhrberg		
Darstellung: Erdgeschoss		
Stand: 05.05.2026	Plan-Nr.: 01	
Maßstab: 1:150	gez.: LGS	
<div><div><div>Brandschutzingenieure</div></div><div>CSR Brandschutzingenieure GbR Eichbreite 15, 31785 Hameln Tel.: 05151 1063326 www.csr-brandschutz.de</div></div>		

